

17. April 2013 - Rede von Renate Geuter zum Antrag der SPD Fraktion:

Steuergerechtigkeit herstellen - Steueroasen trocken legen

(Drucksache 17/94)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Veröffentlichung der Datensätze mit der Bezeichnung „Offshore-Leaks“ hat deutlich gezeigt, dass weltweit Menschen - darunter auch einige hundert Deutsche - ihr Geld in die Schweiz, nach Liechtenstein, aber auch in Steueroasen jenseits der Ozeane in Sicherheit gebracht haben. Dabei haben auch deutsche Banken sicherlich nicht nur eine Statistenrolle gespielt. Millionen Euro an Steuereinnahmen sind auf diese Weise den Heimatländern entzogen worden. Dabei handelt es sich nicht nur um reiche Steuerflüchtlinge, sondern auch um Kriminelle, die Briefkastenfirmen und sogenannte Trusts genutzt haben, um große Vermögen zu verstecken und zweifelhafte Geschäfte zu verschleiern. Es ist gut, dass jetzt ein wenig Licht in die Schattengeschäfte von Steuerbetrügnern und deren Helfershelfern gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Die letzten Jahre der schwarz-gelben Bundesregierung, aber auch der ehemaligen Landesregierung waren ja kaum durch Aktivitäten für einen Kampf gegen Steueroasen, Steuerschlupflöcher und Steuersünder gekennzeichnet. Der von Nordrhein-Westfalen initiierte Kauf von Steuer-CDs mit Daten über Steuerflüchtlinge wurde von den Finanzministern Schäuble und Möllring sogar noch kritisiert. Wer sich die gestrige Pressemeldung der FDP durchliest, stellt fest, dass da offensichtlich immer noch nichts gelernt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Grascha, ich frage Sie: Wen wollen Sie eigentlich schützen?

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Zum Abkommen mit der Schweiz, Frau Geuter!)

Ja, dazu komme ich doch noch. Warten Sie doch einfach mal ab.

(Christian Dürr [FDP]: Da sind wir gespannt!)

Wir müssen alle Daten, die den Fahndern aus den Lecks eines Gott sei Dank noch nicht ganz so perfekten Betrugsystems zur Verfügung gestellt werden, ausnutzen. Daher begrüßen wir es ausdrücklich, dass sich die derzeitige Niedersächsische Landesregierung an dem Ankauf von Steuer-CDs beteiligt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das gescheiterte Steuerabkommen mit der Schweiz, das die Anonymität der Kapitaleinkünfte zum Standard erheben wollte, war nun wirklich nicht hilfreich.

(Beifall bei der SPD)

Es hat nur den Druck herausgenommen, anstatt zielführend über den automatischen Informationsaustausch zu un versteuertem Geldvermögen zu verhandeln, in Europa und auch darüber hinaus. Es ist gut, dass Herr Schäuble mit den Finanzministern der größten EU-Länder jetzt dazugelernt und ein Maßnahmenpaket vereinbart hat, das die Schließung der Steueroasen, den automatischen Informationsaustausch für alle Kapitaleinkommen

und die Offenlegung der tatsächlichen Nutznießer von solchen Firmen zum Ziel hat. Wir können Ihnen versprechen, dass wir die Umsetzung dieser Ankündigung genau hinterfragen werden.

Aber es geht nicht um die Steueroasen. Nach den Schätzungen des Internationalen Währungsfonds sind die Schäden, die durch die Ausnutzung legaler Steuerschlupflöcher entstehen, mindestens genauso groß wie die Schäden, die durch die Steuerparadiese entstehen. Die Weigerung der schwarz-gelben Bundesregierung, bekannte Schlupflöcher in bestehenden deutschen Steuergesetzen zu schließen, macht uns nun wirklich große Sorgen. Im Jahressteuergesetz war die Absicht vieler Landesregierungen - u. a. auch der damaligen schwarz-gelben Niedersächsischen Landesregierung - vorgesehen, gerade im Bereiche der Erbschaftsteuer die sogenannten Cash-GmbHs einzuschränken. Die Bundesregierung hat sich diesem wichtigen Anliegen verweigert.

Sie sehen, wir haben Handlungsbedarfe nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch hier im Bund. Wir müssen dafür sorgen, dass Steuerflucht hart bestraft wird und dass wir Maßnahmen gegen die sogenannte Steueroptimierung, mit denen man mit mehr oder weniger komplexen Operationen ganz legal Steuerabgaben umgeht, noch verschärfen.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass einzelne Bundesländer - die liegen südlich von Niedersachsen – ungeniert mit wenig Steuerfahndern und seltenen Steuerprüfungen als besonderem Akt der Wirtschaftsförderung werben. Ich glaube, da sollte der Wettbewerb tatsächlich in die andere Richtung gehen. Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der SPD)